

Gastkolumne

Wir müssen wieder lernen, demokratisch zu streiten

Statt um Interessen zu ringen, berauschen wir uns heute am Kampf um absolute Werte. Dabei wäre ein Kuhhandel klüger



Caspar Hirschi

Demokratie lebt vom Streit. In Diktaturen wird genickt und gebuckelt, nicht gestritten. Aber die Demokratie kann am Streit auch zugrunde gehen. Worum er sich dreht, ist nicht entscheidend; wie er geführt wird, umso mehr. Demokratisches Streiten will gelernt sein. Das haben heute viele vergessen.

Als Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in Schutt und Asche lag, zogen die Amerikaner ein politisches Umerziehungsprogramm auf, um den Deutschen den Untertanengeist auszutreiben. «Democracy through discussion» lautete die Devise, die dem gleichnamigen Buch des Sozialreformers Oskar Lasker von 1949 entnommen war. Wie Diskutieren ging, konnten die Deutschen ab den frühen fünfziger Jahren vor dem Fernseher lernen. Jeden Sonntag strahlte der Westdeutsche Rundfunk eine Diskussionsrunde zu den politischen Leitthemen der Woche, den «Internationalen Frühschoppen», aus. Mehrere Männer, die meisten Journalisten, sassen dicht gedrängt um einen Tisch, tranken Weisswein, qualmten das Studio voll und zelebrierten den gesitteten Meinungsstreit. Danach stellten sie sich den Fragen der Zuschauer.

Vor kurzem fand an der Uni Frankfurt eine Diskussionsrunde mit ähnlichem Drehbuch statt. Erst sollte auf dem Podium debattiert,

dann mit dem Publikum diskutiert werden. Nur war alles nüchterner angelegt. Kein Wein, keine Pfeifen und Zigarren, nur Wasser. Auf dem Podium sassen drei Damen und ein Herr. Bevor sie mit dem Streiten beginnen konnten, wurden sie aus dem Saal mit Schmähungen eingedeckt. Eine Schlägerei brach aus, ein Tisch kippte um, die Polizei rückte an. Danach konnte die Diskussion beginnen, nur interessierte das niemanden mehr.

Worüber hätte in Frankfurt gestritten werden sollen? Über die Frage, ob das Kopftuch ein «Modeaccessoire», «religiöses Symbol» oder «politisches Instrument» sei. Auf dem Podium waren alle Meinungen vertreten, und für alle hätte es diskussionswürdige Argumente gegeben. Versteht man das Kopftuch als Modeartikel, ist es ein Ausdruck individueller Identität. Sieht man in ihm ein religiöses Symbol, steht es für kulturelle Selbstbestimmung. Hält man es für ein politisches Instrument, erscheint es als Mittel zur Unterdrückung der Frau. Alle Meinungen sind an Werte gebunden, die für sich allein kaum Anstoss erregen, zueinander aber im Widerspruch stehen. Entsprechend könnte sich der Streit darauf beschränken, wie man sie gegeneinander abwägt. Aber das tut er so gut wie nie. Lieber beschimpft man sich als Rassisten und Fundamentalisten, bis die Fäuste fliegen.

Was läuft hier schief? Wir leben in einer Gesellschaft, die sich am Kampf für Werte moralisch berauscht. Folgt man dem Soziologen Wolfgang van den Daele, gilt heute die Regel, «Argwohn gegenüber Interessen zu hegen, Werte aber respektabel zu finden». Wer für Werte kämpft, engagiert sich, wer sich für Interessen einsetzt, lobbyiert. Dagegen wendet van den Daele ein:

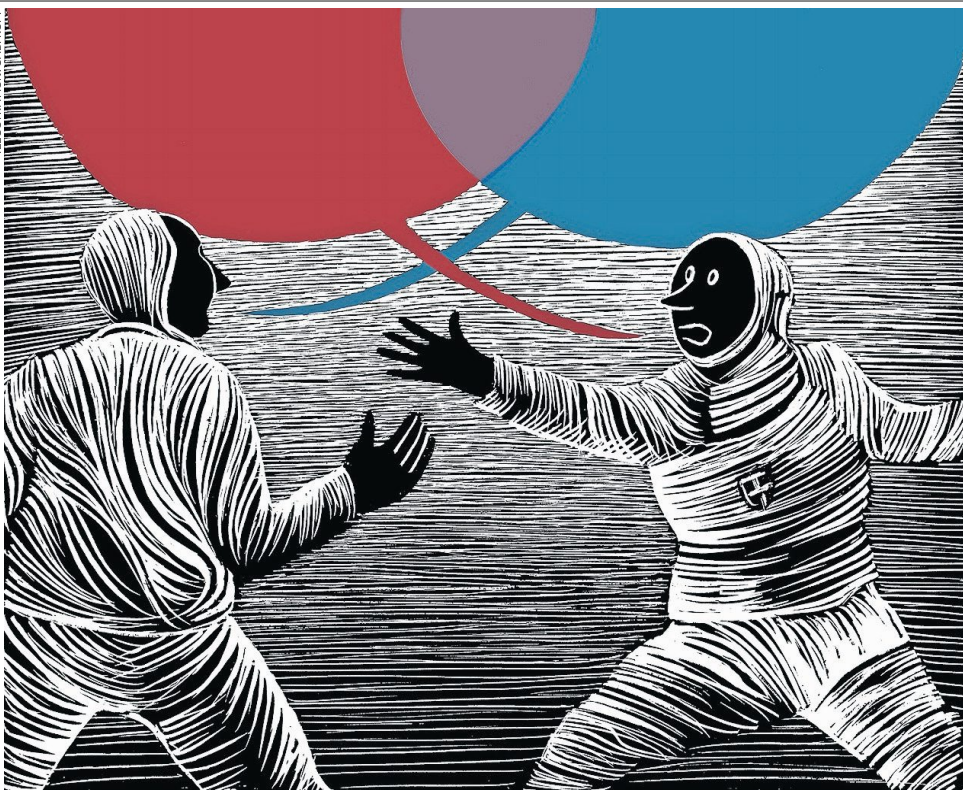
“Eine Schlägerei brach aus, ein Tisch kippte um, die Polizei rückte an. Danach konnte die Diskussion beginnen.

«Wenn man den sozialen Frieden im Auge hat, sollte man eher umgekehrt verfahren.» Geht es um Interessen, streiten wir um knappe, aber teilbare Güter wie Mitsprache, Gewinne oder Macht. Es fällt uns leichter, unseren Gegnern Anerkennung zu zollen und mit ihnen Kompromisse zu schliessen. Werte dagegen wirken unteilbar. Kämpfen wir für Gerechtigkeit oder Freiheit, gibt es nichts zu verhandeln. Kompromisse sind Verrat, und wer sich uns entgegenstellt, verkörpert die Unmoral.

Nun sind in demokratischen Auseinandersetzungen Werte und Interessen meist vermischt. Wer die Ehe für alle fordert, kann dies im Namen der Gleichberechtigung wie der Interessen von Homosexuellen tun. Wir haben also Gestaltungsspielraum, ob wir einen Konflikt als unteilbar oder teilbar austragen. Selbst einer reinen Wertekollision können wir, so van den Daele, die «fundamentalistische Spitze» brechen, indem wir ihn wie einen Streit um Interessen führen. So geschah es bei der Fristenlösung. Moralisch gesehen, ist sie hochsuspekt, denn sie schützt weder das ungeborene Leben noch die Selbstbestimmung der Frau. Aus demokratischer Sicht jedoch erweist sich der faule Kompromiss als tragfähiger Ausgleich, der die Puristen hüben wie drüben gleich unglücklich macht.

Um das demokratische Streiten wieder zu lernen, können uns heute weder die Amerikaner noch die weinseligen Männerunden beim «Frühschoppen» weiterhelfen. Wir müssen selber vom hohen Ross der moralischen Reinheit heruntersteigen und die Kunst des Wertekuhhandels einüben.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.



Medienkritik

Der Chef berichtet vom WEF



Michael Furger

Wer Freude hat an unscharfen Bewegtbildern von landenden Helikoptern, kann sich nicht über die Berichterstattung in dieser Woche beklagen. Mit bemerkenswerter publizistischer Energie haben diverse Onlinemedien live übertragen, wie der amerikanische Präsident am WEF in Davos eingeflogen ist und zwei Wahlkampfanlässe abgehalten hat. Der Informationsgehalt war bescheiden, der kritische Zugang auch, und das gilt für sehr vieles, was diese Woche aus Davos aus den Medien zu erfahren war.

Mit dem WEF ist es wie mit Filmfestivals oder Gipfeltreffen. Die Journalisten, die dort sind, finden es rasend spannend, weil überall total wichtige Leute herumstehen, die entscheidende Dinge besprechen. Den Grossteil des Publikums lässt es kalt, weil das, was dort passiert, meistens doch nicht so weltbewegend ist.

Es ist das klassische Problem von Innen- und Aussenperspektive. Für jeden Journalisten und jede Journalistin ist die eigene Story die relevanteste, der eigene Schauplatz der spannendste. Das ist gut, denn aus der Begeisterung für ihr Thema ziehen sie die Energie für ihre Arbeit. Doch am Ende braucht es eine Redaktion, welche die Story richtig einordnet.

Beim WEF scheint das nicht richtig zu funktionieren, was vielleicht daran liegt, dass die Journalisten am WEF vor allem die Chefs sind und nicht die Indianer. Von hier berichten, twittern und chatten die Chefredaktoren, stellen sich vor Videokameras, erzählen von Partyhäppchen und melden jedes ergebnislose Gespräch. Und niemand wagt es, ihnen zu sagen, dass das alles nicht so wichtig ist.

Das WEF mag für Journalisten sinnvoll sein, um Kontakte zu pflegen und interessante Menschen zu entdecken. Vielleicht ergibt sich auch ein gutes Interview. Aber die derzeitige Berichterstattung vom Forum ist wie ein startender Helikopter: Viel Lärm, viel Wind, zurück bleibt nichts.

Michael Furger ist Leiter des Ressorts Hintergrund der «NZZ am Sonntag».

51 Prozent

Auch die Klimakrise hat ein Geschlecht



Nicole Althaus

Die Frage, ob die Erde noch zu retten ist, soll hier als Gedankenspiel für einmal auf eine andere Frage reduziert werden: Ist es vorstellbar, dass Donald Trump seinen Müll trennt und des Öfteren auf das Steak verzichtet?

Gemeint ist damit natürlich nicht der Präsident der Vereinigten Staaten, der vom Klimawandel etwa gleich viel hält wie vom Recht auf Abtreibung. Gemeint ist das veraltete, aber trotzdem immer noch mächtige Männlichkeitsideal, das Donald Trump verkörpert. Seine Vorbildkraft schöpft es gerade daraus, kein Vorbild zu sein, sondern sich einfach zu nehmen, was einem schon immer zugestanden hat. Sich einen Donald Trump vorzustellen, wie er die Flaschen nach

Farben sortiert und einen Tofuburger bestellt, kommt der Zertrümmerung seines Images gleich – steht dieses doch für einen Individualismus, der sich auf Privilegien ausruht und sich nichts sagen lässt, weder im Umgang mit Minderheiten noch bei der Mülltrennung.

Hinter diesem Beispiel steckt, so klischiert das klingen mag, eine gesellschaftspolitische Wahrheit: Die Klimakrise hat ein Geschlecht. Sowohl die Opfer des Klimawandels als auch der Kampf für Klimaschutz sind mehrheitlich weiblich. Bei Naturkatastrophen, die mit der Klimaveränderung zunehmen werden, sterben mehr Frauen als Männer. Laut einem Bericht von Oxfam kostete der Tsunami 2004 etwa viermal so viele Frauen wie Männer das Leben. Frauen konnten seltener schwimmen, sie kümmerten sich zu Hause um Kinder und Alte, weshalb Warnungen sie spät oder gar nicht erreichten. Dagegen sind Männer in Sachen CO₂-Emissionen führend, wie die ETH für die Schweiz ausrechnete, nicht nur weil sie mehr verdienen, sondern auch weil sie weniger umweltbewusst leben.

Der Klimawandel wird bestehende Ungleichverhältnisse weiter verschärfen,

vorab jenes zwischen dem Norden und dem Süden, aber eben auch jenes zwischen den Geschlechtern. Über Letzteres wird selten diskutiert, aber es ist mit ein Grund, weshalb sich auffallend viele Frauen für den Schutz des Klimas einsetzen. Und auffallend viele konservative Männer die Aktivistinnen mit Hohn und Spott überhäufen. Schliesslich geht es auch da um Care-Arbeit, ums Kümern – nicht auf dem Planeten, sondern um den Planeten. Und das ist eine traditionell weibliche, also prestigearme Domäne.

Schon in den achtziger Jahren, als die Ökobewegung unter dem Eindruck des Kalten Krieges und der nuklearen Katastrophe von Tschernobyl erstarkte, entwickelte sie eine Beziehung zu emanzipatorischen Frauengruppen. Diese Beziehung ist heute ganz offensichtlich: Eine Untersuchung der Technischen Universität Chemnitz ergab, dass beim ersten weltweiten Klimastreik im vergangenen März rund 70 Prozent der Protestierenden weiblich waren. Nicht zufällig sind die Galionsfiguren der Bewegung allesamt junge Frauen: Neben der 17-jährigen Greta Thunberg gehört die Deutsche Luisa Neubauer, 23, zu den Wortführerinnen. Letztere

“Nicht zufällig sind die Galionsfiguren der Bewegung allesamt junge Frauen.

hat eben medienwirksam einen lukrativen Posten bei Siemens ausgeschlagen. In Amerika ist es Jamie Margolin, 17, die mit der Gruppe «Zero Hour» bekannt wurde.

Dass der Kampf um das Klima auch ein Streit um den Primat traditionell geschlechtsspezifischer Denk- und Wertemuster ist, zeigte sich am Weltwirtschaftsforum WEF geradezu beispielhaft: Auf der einen Seite inszenierte sich Donald Trump als Wunderwaffe für das Wirtschaftswachstum, log von der «besten Luft» in seinem Land und versprach, Bäume zu pflanzen. Auf der anderen Seite bemühte Thunberg die Symbolik der Welt als «brennendes Haus» und rief die Politiker auf, so zu handeln, «als ob ihr eure Kinder über alles lieben würdet». Der Mann und Machtpolitiker, der verbal zum Spaten greift, gegen die Frau und Kämpferin für die Sache, die auf mütterliche Fürsorge pocht. Der Restaurator, der für männliche Besitzstandswahrung steht, gegen die Predigerin des Wandels, die, weil sie weiblich und blutjung ist, ein neues Zeitalter verspricht.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».